

We want our money back!"

Verursacher und Nutzer der Krise zur Kasse bitten

**Vortrag von Caspar Dohmen, Wirtschaftskorrespondent der
Süddeutschen Zeitung, Autor von „Let´s make money!"**

Sozialpolitischer Buß- und Betttag am 17. November 2010

Guten Tag meine Damen und Herren,

Am Freitagmorgen hörte ich ein Interview mit einer Sozialarbeiterin im Radio, die als Quartiersmanagerin im Berliner Stadtteil Neukölln arbeitet. Wir erinnern uns – Neukölln ist der Stadtteil in Berlin, der häufig genannt wird, wenn es um Schwierigkeiten geht, ob bei Integration, Bildung oder Kriminalität: Hier steht die Rütlschule, die vor einigen Jahren Schlagzeilen machte, weil die Lehrer auf die Gewalt an der Schule aufmerksam machten. In Neukölln hat die Jugendrichterin Kirsten Heisig gearbeitet, die sich um eine konsequente Bestrafung von jugendlichen Straftätern bemühte. Hier ist der Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky zu Hause, ein SPD-Politiker und Mann der klaren Worte, der auf lokaler Ebene nach Lösungen sucht. Und hier arbeitet eine Quartiersmanagerin.

Ihre Aufgabe ist es vor allem Menschen bei ehrenamtlichen Tätigkeiten in dem Viertel zu unterstützen. Da geht es um Menschen, die Kindern vorlesen, da geht es um Kiezpaten, also Menschen, die Kinder bei den Hausaufgaben oder Bewerbungen helfen, sie zu Vorstellungsgesprächen begleiten. Da geht es um Gewaltprävention. Da geht es um Menschen, die selbst Beete mit Blumen anlegen. Sie alle arbeiten ehrenamtlich und sie alle tun etwas für die soziale Gemeinschaft in dem Viertel, wodurch Identität und Selbstbewusstsein hier lebender Menschen gestärkt wird.

Dieses Programm fördert die Bundesregierung bislang. Jetzt will sie die Städtebauförderung kürzen, besonders drastisch das Programm soziale Stadt: die Mittel sollen um 72 Prozent auf 28,5 Millionen Euro sinken. Weit über 1000 Maßnahmen sind alleine in der Hauptstadt bedroht, darunter das Quartiersmanagement.

Eine andere Episode: Vor wenigen Tagen konnten wir in Zeitungen lesen: Die Commerzbank wird wohl auch in diesem Jahr keine Zinsen auf die vom Staat erhaltenen Milliardenhilfen zahlen. Wir erinnern uns. Der Bund, sprich wir Bürger, hatten mit Steuergeldern und staatlichen Garantien die Commerzbank in den Jahren 2008 und 2009 gerettet, mit insgesamt 18,2 Milliarden Euro. Das ist mehr als im Bundeshaushalt des nächsten Jahres für Gesundheit und Familie eingeplant ist. Fast die komplette Rettungssumme – nämlich 16,4 Milliarden Euro flossen als stille Einlagen zu der Frankfurter Großbank, der Rest als Aktien. Jeder Bundesbürger hat die Bank rechnerisch mit mehr als 220 Euro gestützt.

Als die Hilfe aufgelegt wurde, hieß es – die Hilfen würden sich für den Bund und damit auch für uns Steuerzahler rechnen, niemand brauche sich aufzuregen. In der Tat muss die Bank für die stillen Einlagen einen angemessenen Preis zahlen, einen jährlichen Zins von neun Prozent. Dies summiert sich jährlich auf 1,5 Milliarden Euro – theoretisch! Tatsächlich hat die Commerzbank für das vergangene Jahr keine Zinsen gezahlt und sie wird wohl auch für das laufende Jahr keine Zinsen zahlen.

Als die Politiker nämlich die Hilfen für die zweitgrößte deutsche Bank beschlossen, legten sie fest, die Bank solle nur zahlen, wenn sie Gewinn macht. Sicher war dies richtig, sonst hätte die Hilfe nicht wirken können. Zudem wurde die Zinszahlung an die Bedingung geknüpft, dass die Bank nach den deutschen Bilanzierungsregeln aus dem Handelsgesetzbuch Gewinn macht. Hier steht jedoch 2010 wegen hoher Abschreibungen auf eine Immobilientochter unter dem Strich ein Minus, folglich erhält der Bund kein Geld. Darüber müsste man nicht weiter reden, wenn die Bank nicht gleichzeitig nach internationalen Rechnungsvorschriften einen Gewinn von voraussichtlich einer Milliarden Euro machen wird.

Ich finde es bedenklich, dass die beiden Ergebnisse so auseinanderklaffen. Noch viel nachdenklicher stimmt es mich, dass die Bank nicht geleistete Zinszahlungen nicht zu einem späteren Zeitpunkt nachzahlen muss, sowie es bei einem gewöhnlichen säumigen Schuldner der Fall wäre, dem man einen Zahlungsaufschub gewährt. Da frage ich mich, warum haben die beteiligten Politiker und Aufseher eine solche Regelung durchgesetzt?

Jedem von Ihnen fallen sicher jetzt weitere Stichworte zu beiden Kategorien ein, einerseits Bereichen, wo der Staat kürzt, weil er sich in der Finanzkrise in großem Umfang verschuldet hat, um Banken und Arbeitsplätze zu retten. Und andererseits Bereiche, wo die Verursacher der Krise gar nicht erst zur Kasse gebeten worden sind und schon wieder gut verdienen. Offensichtlich ist dies bei Bankmanagern, staatlich gestützter Banken, die bereits wieder Bonuszahlungen erhalten.

Geld ist in der Tat in dieser Krise in großem Maße nicht den Opfern, sondern den Verursachern der Probleme zugeflossen. Hier gibt es eine große Schieflage. Banken, die kurz vor dem Zusammenbruch standen, aber zu groß für einen Bankrott erklärt wurden, dürften weiter machen wie bisher. Dies war in den USA so, in Großbritannien – aber vor allem auch bei uns in Deutschland.

Die Steuerzahler haben ja nicht nur die Commerzbank gerettet, wodurch übrigens nebenbei auch mit der Allianz der größte Versicherer des Landes entlastet wurde; schließlich hatte die Commerzbank der Allianz die Dresdner Bank abgekauft. Als Milliardengrab erwies sich auch die Hypo-Real Estate. Nicht besser als die privaten hatten einige staatliche Banken gearbeitet. Eine ganze Riege von Landesbanken erhielt quer durch die Republik Milliardenbürgschaften und Geldspritzen vom Steuerzahler, ob BayernLB, Landesbank Baden-Württemberg, die WestLB oder HSH Nordbank. Sie alle hatten mit Giftpapieren, also mit Krediten auf Schrottimmobilien hantiert, weil sie meinten damit leicht viel Geld verdienen zu können. Und in den Aufsichtsräten dieser Banken saßen in den Jahren vor der Krise viele Politiker, teilweise die gleichen, die danach die Banken retteten.

Nun gehörten die riskanten Anlagen teilweise uns Steuerzahlern. Sonst will ja niemand diese Giftpapiere haben. Es ist so, als ob man eine neue Firma aufmacht mit dem Namen Steuerzahler und ihr diese Anlagen gibt. Dies ist ein Ersatz-Kapitalismus, der die Verluste verstaatlicht, aber die Gewinne privatisiert.

Seit dem Ausbruch der Wirtschaftskrise sind viele Menschen sensibler geworden für Fragen der Wirtschaft und der Gerechtigkeit bei der Lastenverteilung. Vielerorts rumort es, gibt es Proteste gegen Vorhaben: ob gegen den unterirdischen Bahnhof Stuttgart 21, einen teuren Neubau eines Schauspielhauses in Köln, die Schulabstimmung in Hamburg oder die Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke. Man kann in der Sache bei all diesen Konflikten unterschiedlicher Meinung sein – aber ich finde es gut, dass Bürger sich überhaupt wieder stärker zu Wort melden. Viele hatten den Protest doch lange Wenigen überlassen – es hatte einen Rückzug vieler Bürger in das Private gegeben.

Wir können als Bürger die Gesellschaft aber nicht der Politik, Wirtschaft und den Medien alleine überlassen. Dies zeigt die Geschichte der Finanzkrise.

Für die meisten von uns Westdeutschen war diese Finanzkrise eine neue Erfahrung. Schließlich sind nur wenige Menschen so alt, dass sie beispielsweise die Hyperinflation der 1930er Jahre in Deutschland bewusst miterlebt haben, in der damals viele Menschen ihr Geldvermögen verloren. Dagegen habend die Ostdeutschen schon die einschneidende Erfahrung eines Systemzusammenbruchs hinter sich.

Anders als wir Bürger der Industrieländer hatten in den vergangenen Jahrzehnten Milliarden Menschen weltweit Finanzkrisen erlebt. Seit der Freigabe der Wechselkurse 1971 unter dem US-Präsidenten Richard Nixon gab es 196 Bankenkrisen und 176 Finanzkrisen gegeben, die sich jedoch auf einzelne Länder oder Kontinente beschränkten. Es gab die Mexikokrise 1994, die Asien- oder die Russlandkrise Ende der 1990er Jahre oder die Argentinienkrise um die Jahrtausendwende, um nur einige zu nennen.

Doch diese Ereignisse spielten sich für uns Menschen in Deutschland in der Tagesschau ab. Wir sahen zu wie die Regierungen dieser Länder unter dem Druck von Weltbank und IWF deren Rezepten umsetzten: häufig wurden Bereiche liberalisiert und privatisiert, ob Telekommunikation oder Infrastruktureinrichtungen, Subventionen wurden gestrichen, beispielsweise für Bildung, Gesundheit oder Grundnahrungsmittel.

Für uns waren diese Krisen weit weg und nur wenige konnten sich vorstellen, dass Gleiches bei uns passieren könnte. Handelte es sich dort nicht um unterentwickelte Volkswirtschaften? Waren deren Regierungen nicht korrupt? Mit einem funktionierenden Markt, einem guten Finanz- und Rechtssystem wäre so etwas doch nicht passiert? Bei uns ist doch alles anders!

Und dann war plötzlich die Krise mitten in den reichen Industrieländern angekommen – auch bei uns.

Nun fürchteten Menschen in Europa um ihr Ersparthes, ihren Arbeitsplatz – nun rettete der IWF plötzlich Staaten in Europa, beispielsweise Ungarn. Und dann stand plötzlich sogar ein EU-Mitgliedsland vor dem Staatsbankrott: Griechenland und schon bald könnte Irland folgen – darüber diskutieren wir dieser Wochen.

Wer die vorangegangenen Finanzkrisen studiert hatte, wusste was passiert. Bei den 96 Bankenkrisen, welche die Weltbank in den letzten 25 Jahren gezählt hat, war das Rezept immer das gleiche: Die Bürger finanzierten mir ihren Steuerzahlungen die staatlichen Rettungspläne zum Ausgleich schlechter Bankbilanzen. Die Gewinne hatten vorher andere eingestrichen. Und so sollte es auch diesmal sein!

Das wir in diesem Schlamassel stecken, liegt eben daran, dass die Gesellschaften und Regierungen aus den vorangegangenen Krisen nicht die richtigen Schlüsse gezogen. So konnten alle weitermachen wie bisher.

Finanzkrisen sind kein Naturereignis wie ein Hurrikan oder Tsunami und es ist falsch, wenn man sie als Metaphern benutzt. Finanzkrisen werden von Menschen gemacht. Dies war schon bei der ersten Finanzkrise, der Tulpenkrise in Holland so. Wir erinnern uns – im 16. Jahrhundert war die Gartentulpe aus Zentralasien nach Europa gelangt. Die Menschen waren fasziniert von ihren

leuchtenden Farben, vor allem an den Fürstenhöfen, wo die Prunksucht keine finanziellen Grenzen kannte. Damals war die Tulpe ein begehrtes Spekulationsobjekt geworden. Im Laufe der Jahre wurden Tulpenzwiebeln teurer als Gold. Der Spitzenpreis für eine Zwiebel stieg auf heute umgerechnet 87000 Euro. Aber plötzlich ging es nicht mehr weiter, fanden sich zu solchen Preisen keine Käufer. Die Spekulationsblase platzte – an einem Tag im Jahr 1637 fielen die Preise um 95 Prozent.

Drei Jahrhunderte später gab es ähnlich absurde Vorgänge bei Krediten. Da erhielt ein mexikanischer Erdbeerpflücker in Kalifornien, der kaum ein Wort Englisch sprach und 14000 Dollar im Jahr verdiente von einer Bank einen Kredit über 720.000 Dollar, mit dem er eine Villa kaufen konnte; oder eine demenzkranke Fünfundachzigjährige aus Brooklyn mit einer Rente von 1100 Dollar, bewilligte eine Bank einen Kredit, dessen Tilgungsraten zunächst bei null, schon bald aber bei 2400 Dollar liegen sollten. Oder von der sechundachzigjährigen Rentnerin Addie Polk aus Akron, Ohio, die ihr vor langer Zeit abbezahltes Häuschen mit 45000 Dollar beliehen hatte, um ihre Einkünfte aufzubessern – abzutragen bis zum Jahr 2034. Als die alte Dame ihre Schulden nicht mehr bedienen konnte und der Sheriff kam, schoss sie sich mit einer Pistole in die Brust. Alle diese Menschen hätten diese Kredite gar nicht bekommen dürfen – sie bekamen sie, weil die Banken einen Weg gefunden hatten, an Menschen Geld zu verdienen, denen man nie in diesem Umfang hätte Kredit einräumen dürfen. Wer genau hinsah, sah schon lange dass das System morsch war: in den USA stiegen die Konsumentenkredite jahrelang stetig, die Nation lebte auf Pump – das war weltweit ein Thema. Allerdings ahnte damals kaum jemand, dass diese Kredite an Konsumenten mit geringsten Einkommen in den Banktresoren vieler Banken bei uns gelandet waren.

Angesichts solcher Phänomene erwarteten einige Experten eine Finanzkrise. Ich schrieb damals darüber das Buch Let's make money. Was macht die Bank mit unserem Geld? Ich beendete es eine Woche nach der Pleite von Lehmann Brother, nach der das Finanz- und Währungssystem an den Abgrund geriet. Was ich damit sagen will, niemand, der wirklich hinschaute, konnte von dieser Krise überrascht sein. Überraschend war allein der Übertragungsmechanismus der Problem in die Bilanzen deutscher Banken über die verbrieften Kredite.

Auch in Deutschland retten die Politiker Banken und eines Tages standen dann Bundeskanzlerin Angela Merkel und Finanzminister Peer Steinbrück vor den Kameras und erklärten, die Bundesregierung werde die Sparguthaben der Bürger schützen. Jetzt wusste jeder Bürger – hier ist eine schwere Krise im Gang.

Plötzlich wurde quer durch alle Fernsehprogramme und Zeitungen über Geld, Verbriefungen, Ratingagenturen diskutiert. Jetzt – wo die von den Finanzmärkten ausgelösten Probleme im Herz des Kapitalismus – der Wall Street in New York und den europäischen Finanzzentren London und Frankfurt – angekommen waren, schien die Zeit reif für überfällige Reformen – wie schon oft.

Schon nach der asiatischen Finanzkrise war über eine Reform der globalen Finanzarchitektur gesprochen worden. Unternommen worden war aber nichts. Immer wieder verwiesen Politiker auf die Zwänge der Globalisierung und die Flüchtigkeit des Kapitals. Angesichts dieser ohnmächtig agierenden Politiker gediehen Steueroasen, sanken die Steuern für globale Konzerne und wurden immer neue Finanzprodukte zugelassen. Die Stichworte waren weltweit Deregulierung, Marktöffnung, Privatisierung, Wettbewerb.

Bis die Träume der Finanzalchemie platzten. Jetzt gab es überall Forderungen nach Reformen. Tatsächlich zeigte sich die internationale Staatengemeinschaft unmittelbar nach dem Kollaps der Finanzmärkte ziemlich geschlossen und erkannte, dass die herkömmlichen Institutionen der internationalen Beziehungen – die Vereinten Nationen und die Gemeinschaft der acht westlich geprägten industrialisierten Nationen – zu schwach waren, um die Probleme zu lösen. So entstand die Gruppe der 20, die vor allem den Schwellenländern wie Brasilien, China oder Indien mit ein bezog.

Zwei Jahre nach der Krise zerfällt die Gruppe bereits wieder – wie das gerade zu Ende gegangene Treffen in Seoul zeigt. Nationalismus und Protektionismus diktieren schon wieder das Geschehen – dies ist Gift.

Schließlich müssen wir nicht nur angemessen auf die aktuelle Krise reagieren, sondern wir müssten als Gesellschaften auch langfristige Reformen anstoßen, um eine stabilere und

gerechtere Weltwirtschaft zu schaffen. Die Finanzmarktkrise ist eine vergleichsweise kleine Krise, jedenfalls verglichen mit den Krisen die künftig durch Klimawandel, Migration oder Ressourcenknappheit ausgelöst werden könnten. Wir brauchen ein zukunftsfähiges Wirtschaftssystem.

Sicher, in den vergangenen beiden Jahren ist etwas geschehen – ein bisschen.

Immerhin arbeiten die internationalen Bankaufseher an neuen Eigenkapitalregeln für die Banken.

Warum ist das wichtig?

Im Kern besteht das Bankgeschäft daraus, dass eine Bank Geld von Sparern annimmt und dann als Kredit an einen anderen Kunden weitergibt. Jeden Kredit, den die Bank ausgibt, muss die Bank mit einer bestimmten Menge Eigenkapital unterlegen. Mit je weniger Geld die Bank Kredite unterlegen muss, umso mehr Kredite kann sie vergeben. Und weil die Banken ihre Kredite in Pakete packten, in Wertpapiere umwandelten und weiter verkauften, konnten sie nun ein viel größeres Rad im Kreditgeschäft drehen. Zusätzlicher Treibstoff waren die niedrigen Zinsen der Zentralbanken.

Dieser Mechanismus war nicht nur die Grundlage dafür, dass sich Menschen Häuser gekauft haben – dieser Mechanismus begünstigte auch Milliardenengeschäfte von Investmentbanken, Hedgefonds oder Private-Equity-Gesellschaften.

Die Verbriefung galt als die Finanzinnovation des 20. Jahrhunderts.

Der Clou für die Banken: Sie konnten nun viel mehr Kreditgeschäfte machen und eine viel höhere Rendite auf ihr Eigenkapital erzielen – dies gefiel den Aktionären, den Shareholdern, dem Kapitalmarkt.

Und eigentlich hätte dabei gar nichts schief gehen dürfen. Zugrunde lag diesem Perpetuum Mobile der Kreditvermehrung die vorherrschende ökonomische Theorie, dass Märkte immer effizient sind.

Künftig darf keine Bank komplett Kredite weiterverkaufen, sie muss einen Teil in den eigenen Büchern behalten – auch dies ist ein richtiger Schritt.

Die Bundesregierung und Frankreich setzen sich dafür ein, dass es künftig ein Insolvenzverfahren für Staaten in der EU geben soll und die Besitzer von Staatsanleihen künftig bei einem drohenden Zahlungsausfall haften sollen. Dies wäre ebenfalls ein richtiger Schritt – es ist falsch, wenn wie im Fall von Griechenland nur die europäischen Steuerzahler in die Bresche springen, die Anleger aber ungeschoren davonkommen. Wir dürften nicht vergessen – durch die Rettung Griechenlands wurden vor allem auch Banken gerettet, auch deutsche Banken. Unsere Geldinstitute haben nämlich an Spanien, Irland, Griechenland und Portugal rund 300 Milliarden Euro verliehen. Damit haben sie unter anderem den verheerenden Bauboom in diesen Ländern mitfinanziert. Wenn wir Griechenland und Irland retten – dann retten wir vor allem also unsere Banken.

Als dies sind richtige Maßnahmen. Allerdings reichen sie nicht aus.

Sinnvoll wäre beispielsweise eine Trennung zwischen Banken für normales Spar und Kreditgeschäft und Investmentgeschäft, so wie dies früher in den USA üblich war. Staatlichen Schutz würden dann nur Sparkassen erhalten; Investmentbanken könnten Pleite gehen. Diese Trennung hatten die USA nach der Weltwirtschaftskrise in den 1930er Jahren beschlossen, – sie war unter der Regierung Clinton beseitigt worden, zur großen Freude der Finanzlobby, die sich dafür eingesetzt hatte.

Man könnte auch gleich einige unsinnige Bankgeschäfte verbieten.

Sinnvoll wäre es auch, wenn die Institute bei allen Finanzprodukten über die schädlichen Nebenwirkungen informieren müssen, so wie der Gesetzgeber dies Pharmafirmen für Beipackzettel von Arzneimitteln vorschreibt.

Und die Einführung einer Finanztransaktionssteuer ist ebenfalls sinnvoll. Wäre jede Finanztransaktion anstatt mit einheitlichen Orderkosten mit einer Gebühr belegt, die sich am

Umsatz orientiert und kurzfristige Gewinnmöglichkeiten übersteigt, würde die Spekulation eingedämmt. Angesichts der täglich an den Finanzmärkten bewegten Billionensummen wäre das ein wichtiger Beitrag zur dringend notwendigen Stabilisierung.

Interessant erscheint mir, dass sich die Bundesregierung die alte Forderung der Globalisierungskritiker nach einer Finanztransaktionssteuer zu Eigen gemacht hat. Daran sieht man, dass durch die Finanzkrise bestimmte Ideen vom Rande der Gesellschaft in die Mitte gerückt sind.

Und genau so müssen Veränderungsprozesse meiner Meinung nach auch laufen. Die Zivilgesellschaft ist gefragt Ideen zu produzieren und die Politik so unter Druck zu setzen, dass sie Bürgerinteressen umsetzt. Wie wichtig manch ein Politiker diesen Druck hält, zeigte sich zuletzt als eine Gruppen von EU-Parlamentariern, die sich mit Finanzpraktiken beschäftigen, Bürger zur Gründung einer Nichtregierungsorganisation auffordern, die sich auf der Ebene der EU um Finanzthemen wie Banken und Finanzprodukte kümmern sollen. Heute bestimmen die Lobbyisten der Finanzkonzerne hier das Geschehen – zwar gibt es viele Nichtregierungsorganisationen für Umwelt, Menschenrechte oder Arbeitnehmer – aber eben nicht für den Finanzsektor.

Wir müssen aufhören uns dem betriebswirtschaftlichen Diktat zu beugen und die Welt ständig durch die Brille der Ökonomen zu betrachten: Wir brauchen eine Orientierung an anderen christlichen oder humanistischen Werten. Geld reicht als Orientierungspunkt nicht aus.

Als Messlatte für die Politik und Gesellschaft eignen sich einfache Vorgaben: Wir sollten uns vornehmen die Erde unseren Kindern in einem besseren Zustand zu überlassen. Und frei nach dem Sozialwissenschaftler Rawls könnten wir sagen, es sollen nur Maßnahmen umgesetzt werden, welche die Schwächsten der Gesellschaft besser stellen.

Wenn wir tatsächlich jedoch beobachten, dass die Reichen reicher und die Armen ärmer werden, dann dürften wir mit unserem Steuersystem diesen Trend nicht noch verstärken. Im Gegenteil: Wir müssen die Steuern benutzen, um diesen Trend zu bremsen. Dazu will ich nur ein Beispiel nennen, dass der Erbschaftssteuer. Eine Erbschaftssteuer kommt einem liberalen Anliegen

entgegen – gleiche Startchancen für alle. Davon sind wir jedoch weit entfernt in unserer Gesellschaft. Wir diskutieren ja gerne über Startchancen, wenn es um Bildung geht, aber doch nicht bei Vermögensfragen.

2007 warnte der legendäre Investor und zweitreichste Amerikaner Warren Buffett, sicher des Kommunismus unverdächtig. Amerika könne ohne Erbschaftssteuer zu einer Plutokratie werden, einer Gesellschaft in der nur wenige Familien Macht hätten.

Wer bei uns höhere Erbschaftssteuern fordert, der gilt gleich als Neider oder Linker.

In Deutschland werden jedes Jahr bis zu 200 Milliarden Euro vererbt – fast steuerfrei. Zwar gibt es Steuersätze von sieben bis 30 Prozent. Wegen der hohen Freibeträge zahlen aber mehr als 90 Prozent der Erben keine Abgaben.

Erbschaften verteilen sich sehr ungleichmäßig: Siebzig Prozent aller Deutschen haben praktisch kein Vermögen, vererben nichts und erben meist auch nichts. Erbschaften machen Reiche reicher und verschärfen die sozialen Gegensätze in Deutschland. Gerade einmal vier Milliarden Euro nehmen die Bundesländer durch die Erbschaftssteuer ein. Wegen der hohen Fehlbeiträge von bis zu 500.000 Euro pro Person zahlen mehr als 90 Prozent der Erben keine Abgaben.

Übrigens hat Warren Buffett nicht nur geredet, sondern gehandelt. Fast sein gesamtes Vermögen hat er der Stiftung von Microsoft-Gründer Bill Gates und deren Frau vermacht, schon zu Lebzeiten. Die beiden reichsten Amerikaner geben den größten Teil ihres Wohlstands an die Gesellschaft zurück. Das sind wirkliche Vorbilder.

Die Möglichkeit reich zu werden, gehört zu einer freien Gesellschaft. Genauso gehört jedoch zu einer freien Gesellschaft die Verpflichtung der Reichen, einen Teil ihres Wohlstands an die Gesellschaft zurückzugeben. Wenn die Menschen nicht reich werden können, erstarrt eine Gesellschaft, ohne die Weitergabe des Reichtums zerfällt sie.

Auch in Deutschland ist der Zusammenhang zwischen Reichtum und Verantwortung bekannt. „Eigentum verpflichtet“, heißt es im Grundgesetz. Seit 1545 finanzieren Bremer Kaufleute mit der alljährlichen Schaffermahlzeit eine Stiftung für Witwen und Waisen. Unternehmer wie

Robert Bosch oder Carl Zeiss haben ihre Unternehmungen in Stiftungen überführt. Doch Deutschland liegt bei der Stiftungskultur weit hinter Amerika zurück. Als mit dem Aldi-Gründer Karl Albrecht zuletzt einer der reichsten Deutschen starb, da habe ich nichts von einer Milliardenstiftung gehört.

Notwendig ist zudem eine Besinnung darauf, was die Ökonomie kann und was sie nicht kann. Die Ökonomie ist sicher ein hervorragendes Instrument um mit Knappheit umzugehen, hier schult sie enorm das Denken der Menschen. Anders als von vielen Ökonomen propagiert, ist diese Wissenschaft jedoch nicht wertfrei.

Am Anfang und während der längsten Zeit ökonomischen Denkens galt die Ökonomie selbstverständlich als Teil der Politik und die so verstandene politische Ökonomie wiederum als Teil der Ethik. Normativität war dieser Disziplin ins Stammbuch geschrieben. Nicht von ungefähr waren so gewichtige Klassiker wie Adam Smith oder John Stuart Mill von Hause aus Moralphilosophen.

Erst die Neoklassiker wollten ab etwa 1870 ihr Fach von allen ethisch-normativen und politischen Beimischungen bereinigen. Ihr großes Vorbild war die Naturwissenschaft. Doch die Bereinigung gelang nicht wirklich, ausdrückliche ethische Reflexion wurde ersetzt durch methodisch implizite Normativität, nämlich durch den Ökonomismus.

Eine selbstständige Sphäre des Wirtschaftlichen, neben der Sphäre des Sozialen und Kulturellen kann es meiner Meinung nach nicht geben. So liegt der Wirtschaftswissenschaft ein bestimmtes Menschenbild zugrunde liegt, eines nutzenmaximierenden Menschen.

Was dieser Nutzen ist, hängt jedoch wesentlich von den Werten eines Menschen ab? Und diese Werte bilden sich außerhalb der Ökonomie. Schon zu glauben, es gehe den meisten Menschen um eine Maximierung ihres materiellen Vorteils hat sich als falsch herausgestellt.

Erst vor weniger Jahren haben Wirtschaftswissenschaftler tatsächlich einmal hingeschaut wie die Menschen sich tatsächlich in ökonomischen Situationen verhalten. Sie stellten Menschen bestimmte Aufgaben und beobachteten sie – und siehe da, die meisten Menschen verhielten sich fair. Solche Experimente sind mittlerweile zigfach wiederholt worden. Das Bild vom einseitig auf

Konkurrenz ausgerichteten Homo Oeconomicus ist viel zu eng – das wissen wir längst. Trotzdem dominiert dieses Bild noch die Wirtschaftstheorie.

Grundsätzlich ist Wirtschaft immer nur ein Mittel für einen Zweck. Der Zweck muss in einer demokratisch verfassten Gesellschaft der Wirtschaft vorgegeben werden. Über die Alternativen stimmen die Menschen bei den Wahlen ab. Dabei gibt es selbstverständlich regelmäßig Zielkonflikte zwischen Werten wie Freiheit, Gleichheit und Sicherheit.

Tatsächlich ist der Ökonomismus tief in die Verästelungen unserer Gesellschaft vorgedrungen, die immer mehr bestimmt ist von Zweckrationalitäten. Die Manager müssen hohe Gehälter bekommen, weil sie sonst abwandern. Die Unternehmenssteuern können nicht steigen, weil die Unternehmen sonst abwandern. Die Löhne können nicht steigen, weil die deutschen Unternehmen sonst nicht mehr konkurrenzfähig sind.

Mit dem Zusammenbruch des Finanzkapitalismus, der ja die Speerspitze der Globalisierung und der Idee von Deregulierung der Märkte war, ist gleichzeitig die Vorstellung zusammengebrochen, man könnte die Märkte als Schrittmacher für gesellschaftliche Entwicklungen betrachten.

Deregulierte Märkte führen ins Chaos, wenn es keinen Primat der Politik gibt.

Zweifelsohne sind Märkte intelligente Einrichtungen, sie führen zu mehr Effizienz – sprich mit den gleichen Ressourcen stelle ich mehr Güter her oder die gleichen Güter mit weniger Ressourcen, aber Märkte haben kein Organ für Nachhaltigkeit oder soziale Gerechtigkeit. Das Gemeinwohl muss vielmehr durch Politik im weitesten Sinne des Wortes gesichert werden.

Der Staat bewahrt jedoch häufig den Status Quo. Woher sollen dann aber die Impulse kommen? Ein Teil des notwendigen Wandels ist auch ein Kampf um die Rolle des Staates. Sicher kann an vielen Ecken ein Wandel ohne oder gegen den Staat vorangetrieben werden. Das passiert ja auch ständig mit Bürgerinitiativen.

Grundsätzlich kann sich jeder Teil der Gesellschaft wandeln und verändern. Aber offensichtlich ist die Sensibilität für notwendige Veränderungen und die Möglichkeit, praktische Veränderungen auch einzuleiten, in der Zivilgesellschaft größer. Der Wandel geschieht nicht bei

armen Menschen, die von einem Tag zum anderen um ihr Überleben kämpfen. Wandel geschieht meistens auch nicht bei Mächtigen. Denn Macht ist meistens mit dem gegenwärtigen System verbunden und dessen Nutznießer fürchten sich vor dem Wandel. Also liegt die große Chance für einen wirklichen Wandel in der Zivilgesellschaft.

Allerdings gibt es eine Grenze, ab der es ohne den Staat nicht geht. Und dann heißt es die Frage stellen: Wem gehört eigentlich der Staat? Wozu soll der Staat dienen.

Wir müssen darauf bestehen, dass der Staat uns allen gehört und für Zwecke einzusetzen ist, welche auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts antworten. Der Staat ist notwendig, weil es natürlich an verschiedenen Stellen kollektive Vereinbarungen braucht, um beispielsweise der ökologischen Krise Herr zu werden. Um gemeinsame Regeln zu treffen benötigen wir einen Ordnungsrahmen des Staates.

Obwohl Impulse, Ideen und Initiativen oft von außerhalb des Staates kommen, geht es letztlich um einen Kampf darüber: Wem gehört der Staat? Wozu soll er dienen? Die Rolle der Zivilgesellschaft ist es unter anderem die wichtigen Themen auf die Bühne zu bringen. Dazu gehört auch die Frage der Gerechtigkeit.

Es waren nicht linke Kritiker oder alternative Warner, sondern vom britischen Verteidigungsministeriums beauftragte Experten, die 2008 zu dem Schluss kamen: „Wenn wir das zunehmende Klimachaos mit all seinen Konsequenzen nicht meistern, dann steuern wir auf Konflikte im Ausmaß der beiden Weltkriege zu, die Jahrhundert wahren werden.“

Wenn wir dagegen steuern wollen, dann brauchen wir vor allem eine Vorstellung davon, wie die Welt von morgen aussehen soll. Dabei geht es um ethisch-moralische Überlebensfragen. Jetzt können Sie sagen, ist das nicht viel zu teuer? Nein – wir haben alles, was wir brauchen: die Kenntnisse, die Arbeitskraft und das Geld. Was fehlt ist heute nur der politische Mut. Es gibt unglaublich viele Ressourcen, die wir einsetzen könnten, wenn der politische Wille da wäre: Wir können die Währungsspekulation unterbinden durch eine kleine Finanztransaktionssteuer, die weltweit nach Schätzungen mindestens 250 Milliarden Euro einbringen würde. Eine Besteuerung des Flugbenzins brächte 100 Milliarden Euro pro Jahr in den OECD-Staaten. Eine

Umschichtung von nur 20 Prozent der weltweiten Rüstungsausgaben würde für alle anstehenden Projekte bei Bildung, Armutsbekämpfung und Klimawandel eine Wende ermöglichen. Die Ressourcen sind da, wenn der politische Wille da ist. Was eine Gesellschaft tun kann, das kann sie auch finanzieren.

Viele hoffen noch, dass das alte System wiederbelebt werden kann. Wenn überhaupt, wird dies nur kurzfristig gelingen – dann werden die nächsten Krisen auf uns zukommen. Experten erwarten weitere Blasen, unklar ist nur, wo sie platzen werden – ob es eine Rohstoffblase ist, eine Immobilienblase in China oder sonst noch etwas, was noch niemand auf dem Bildschirm hat.

Ein Weiterleben in gewohnten Gleisen ist eigentlich für alle, die sich dessen bewusst sind, unmöglich. Wir wissen nach der Finanzkrise noch deutlicher als vorher, die gerechte Hand des Marktes ist eine Fiktion. Wir werden die Gesellschaft und Wirtschaft mehr demokratisieren müssen.

Wenn wir eine Zukunft wollen, hat jeder meiner Meinung nach die Pflicht, so viel wie möglich zu tun. Jeder hat doch irgendwelche Möglichkeiten und Träume. Jetzt ist es Zeit damit anzufangen.

Und jetzt freue ich mich auf eine Diskussion!